



## DRINGLICHE RESOLUTION

<b>Urheber</b>	UDC, durch Cyrille Fauchère
<b>Gegenstand</b>	Stellungnahme der JUKO zu den Empfehlungen des Justizrates
<b>Datum</b>	13/12/2022
<b>Nummer</b>	2022.12.531

### **Aktualität des Ereignisses**

Der Justizrat hat seinen Bericht über die Governance und die Personalressourcen in der Staatsanwaltschaft am 28. November 2022 veröffentlicht.

### **Unvorhersehbarkeit**

Das Datum der Veröffentlichung dieses Berichts war dem Grossen Rat nicht bekannt.

### **Notwendigkeit einer umgehenden Reaktion oder Massnahme**

In den strengen Schlussfolgerungen dieses Berichts werden die Verantwortlichkeiten des Generalstaatsanwalts und seiner Stellvertreterin bei der Auswahl ihrer Aufgaben hinterfragt und eine Reihe von Empfehlungen abgegeben, welche die Justizkommission so rasch wie möglich behandeln und zu denen der Staatsrat Stellung nehmen muss.

Die Schlussfolgerungen des Berichts des Justizrates, die mit der Organisation der Staatsanwaltschaft und insbesondere der Funktionsweise des zentralen Amtes sowie der Aufgabenteilung zwischen dem Generalstaatsanwalt und seiner Stellvertreterin hart ins Gericht gehen, kommen für die UDC-Fraktion nicht wirklich überraschend.

Anlässlich der Prüfung der Jahresberichte der Gerichte und im Rahmen zahlreicher parlamentarischer Vorstösse hat unsere Fraktion denn auch wiederholt bemängelt, dass sich der Generalstaatsanwalt hauptsächlich mit administrativen Aufgaben befasst und somit kaum noch Zeit für Untersuchungshandlungen hat. Überdies wird die Kritik an dem von der JUKO begleiteten Verfahren zur Wahl der Generalstaatsanwalt-Stellvertreterin und an der Qualität ihres Dossiers vom Bericht des Justizrates untermauert.

Wenn der Justizrat schreibt, dass «sich das zentrale Amt heute offen in einer Krise befindet» und die «Priorisierung der Aufgaben nicht nachvollziehbar ist», dann muss dies aufhorchen lassen. Die UDC-Fraktion teilt die im Bericht geäusserte Besorgnis – ein Bericht, in dem offen von einer «Gefahr für das gute Funktionieren des Amtes» die Rede ist. Dieser Bericht rückt alle Mitarbeitenden der Staatsanwaltschaft in ein schlechtes Licht und erschüttert das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger.

### **Schlussfolgerung**

Die UDC-Fraktion fordert, dass sich die JUKO unverzüglich mit dem Bericht des Justizrates befasst und zu den darin enthaltenen Feststellungen und Empfehlungen Stellung nimmt. Überdies wird die JUKO aufgefordert,

ihre eigenen Schlussfolgerungen bezüglich der Wahl der Generalstaatsanwalt-Stellvertreterin (11. Juni 2019) zu überdenken. Ausserdem erwarten wir, dass sich der Staatsrat seinerseits zu den Empfehlungen des Berichts äussert. Schliesslich erwarten wir vom zentralen Amt und vom Büro der Staatsanwaltschaft einen sofortigen Kurswechsel und die rasche Umsetzung der Empfehlungen des Justizrates, um das Vertrauen wiederherzustellen, die Arbeit aller Mitarbeitenden der Staatsanwaltschaft aufzuwerten und die Effizienz zu steigern.